



055966/EU XXIV.GP
Eingelangt am 07/07/11

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



11006/1/11 REV 1

(OR. en)

PRESSE 160

PR CO 36

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

Außerordentliche Tagung des Rates

Landwirtschaft

Luxemburg, 7. Juni 2011

Präsident **Sándor FAZEKAS**
Minister für die Entwicklung des ländlichen Raums
(Ungarn)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 8352 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

11006/1/11 REV 1

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Die Landwirtschaftsminister haben sich auf dieser außerordentlichen Ratstagung mit der **Lebensmittelsicherheit und den Folgen des EHEC-Ausbruchs für den Markt** befasst.*

*Abschließend wurden die Minister über die **Dürre in Europa und ihre Auswirkungen auf die Rinderhaltung** unterrichtet.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
ERÖRTERTE PUNKTE	
EHEC-Ausbruch	6
SONSTIGES	8
Dürre in Europa.....	8

- ¹
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Sabine LARUELLE

Kris PETERS

Benoît LUTGEN

Ministerin der KMB, der Selbstständigen, der Landwirtschaft und der Wissenschaftspolitik
Ministerpräsident der Flämischen Regierung und Flämischer Minister für Wirtschaft, Außenpolitik, Landwirtschaft und die Politik für den ländlichen Raum
Minister für öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft, ländliche Angelegenheiten, Natur, Forstwesen und das Erbe

Bulgarien:

Miroslav NAYDENOV

Minister für Landwirtschaft und Ernährung

Tschechische Republik:

Juraj CHMIEL

Stellvertretender Minister für Landwirtschaft

Dänemark:

Henrik HØEGH

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei

Deutschland:

Ilse AIGNER

Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Estland:

Gert ANTSU

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Irland:

Simon COVENEY

Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung

Griechenland:

Ioannis KOUTSOUKOS

Staatssekretär für Entwicklung des ländlichen Raums und Ernährung

Spanien:

Rosa AGUILAR RIVERO

Ministerin für Umwelt, den ländlichen Raum und die Meeresumwelt

Frankreich:

Bruno LE MAIRE

Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei, ländliche Angelegenheiten und Raumordnung

Italien:

Francesco Saverio ROMANO

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten

Zypern:

George ZODIATES

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Lettland:

Armands KRAUZE

Parlamentarischer Sekretär, Ministerium für Landwirtschaft

Litauen:

Arūnas VINČIŪNAS

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Luxemburg:

Romain SCHNEIDER

Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung

Ungarn:Sándor FAZEKAS
György CZERVÁNMinister für die Entwicklung des ländlichen Raums
Staatssekretär, Ministerium für die Entwicklung des ländlichen Raums**Malta:**

Patrick MIFSUD

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Niederlande:

Henk BLEKER

Minister für Landwirtschaft und Außenhandel

Österreich:

Nikolaus BERLAKOVICH

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Polen:

Marek SAWICKI

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums

Portugal:

António SERRANO

Minister für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei

Rumänien:

Valeriu TABĂRĂ

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums

Slowenien:

Dejan ŽIDAN

Minister für Landwirtschaft, Forsten und Ernährung

Slowakei:

Zsolt SIMON

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums

Finnland:

Sirkka-Liisa ANTILA

Ministerin für Landwirtschaft und Forsten

Schweden:

Jan OLSSON

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Vereinigtes Königreich:

Lord HENLEY

Parlamentarischer Staatssekretär, Ministerium für Umwelt, Ernährung und Angelegenheiten des ländlichen Raums

Kommission:

Dacian CIOLOȘ

John DALLI

Mitglied

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

EHEC-Ausbruch

Auf der informellen Tagung der Landwirtschaftsminister in Debrecen (Ungarn) hatte der Vorsitz eine Aussprache über den EHEC-Ausbruch angestoßen. Im Anschluss daran hat er diese außerordentliche Tagung einberufen, um den Ministern Gelegenheit zu geben, die Lebensmittelsicherheit in der EU und die Folgen des jüngsten EHEC-Ausbruchs in Norddeutschland für den Markt zu erörtern und die Ausführungen der Kommission zu ihrer Antwort auf die Krise zu hören.

Was die Lebensmittelsicherheit anbelangt, so bedauerten alle Mitgliedstaaten zutiefst die große Zahl von Todesfällen durch die Kontaminierung mit dem Bakterium *Escherichia coli* (*E. coli*) in Norddeutschland. Mehrere Delegationen wiesen darauf hin, dass das derzeitige System der EU zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit bewertet und der Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden für Lebensmittelsicherheit und die Qualität dieser Informationen verbessert werden müssten. Da die Kontaminierungsquelle noch eindeutig ermittelt werden muss, bestanden viele Mitgliedstaaten darauf, dass die Untersuchungen entlang der gesamten Lebensmittelkette fortgesetzt werden müssen, um das Vertrauen der Verbraucher in Gemüse, das zu Beginn des Ausbruchs als die mögliche Kontaminierungsquelle genannt wurde, wiederherzustellen. Gegenwärtig scheint es so zu sein, dass von dem Ausbruch ausschließlich Personen in Norddeutschland und Personen, die diese Region nach Anfang Mai besucht haben, betroffen sind.

Die Kommission wies darauf hin, dass im Anschluss an die Meldung der ersten Fälle am 22. Mai 2011 alle bestehenden EU-Mechanismen für den Informationsaustausch und die Koordinierung der Krisenreaktion ausgelöst wurden. Hierzu wurden insbesondere das Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) und das Frühwarn- und Reaktionssystem für die Überwachung und die Kontrolle übertragbarer Krankheiten (EWRS) aktiviert. Allerdings möchte die Kommission die Lehren aus der gegenwärtigen Krise ziehen und die derzeitigen Informationssysteme erforderlichenfalls verbessern.

Was die Folgen für den Markt anbelangt, so äußerte sich eine große Mehrheit der Delegationen ernsthaft besorgt angesichts der katastrophalen Lage im Obst- und Gemüsesektor auf nationaler und auf EU-Ebene. Sie stellten fest, dass die Erzeuger schwer von einer Krise getroffen worden seien, für deren Ausbruch sie nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Angesichts des Ausmaßes der Krise für zahlreiche Erzeugerländer haben die Erzeugermitgliedstaaten an die Kommission appelliert, die für Notsituationen vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen und alle betroffenen Erzeuger vollständig zu entschädigen. Einige Delegationen hielten staatliche Beihilfen in diesem Fall für unangemessen und betonten, dass bei einer EU-weiten Krise eine Antwort der EU erforderlich sei.

Die Kommission bestätigte ihre Absicht, Notfallmaßnahmen einzuleiten, um Erzeuger, die hohe Verluste erlitten haben, teilweise zu entschädigen. Sie wies darauf hin, dass hierfür nur die Mittel aus den bestehenden Fonds zur Verfügung stehen. Angesichts der schwierigen Lage im Obst- und Gemüsesektor sagte die Kommission jedoch zu, unter Berücksichtigung der erlittenen Verluste, der durch die Vorschriften vorgegebenen Beschränkungen und der verfügbaren Haushaltsmittel substanzielle, ausgewogene und gerechtfertigte Entschädigungszahlungen bereitzustellen.

Nach den geltenden Vorschriften der einheitlichen gemeinsamen Marktorganisation (EGMO) für Obst und Gemüse sind für Maßnahmen in diesem Sektor in erster Linie die nationalen Erzeugerorganisationen zuständig, die Betriebsfonds einrichten können, aus denen im Falle einer Krise begrenzte Rücknahmen von Erzeugnissen vom Markt finanziert werden können. Deren Finanzierung wird gemeinsam von der EU und den Mitgliedstaaten getragen. In bestimmten Fällen können auch nationale staatliche Beihilfen gewährt werden. In Notsituationen kann die Kommission im Rahmen des unbedingt Notwendigen von diesen Vorschriften abweichen, indem sie beispielsweise eine bis zu 100%ige Finanzierung aus dem EU-Haushalt vorsieht.

Was die Auswirkungen der Krise auf den internationalen Handel anbelangt, so verurteilte der Rat nachdrücklich das jüngst von Russland verhängte Einfuhrverbot für Gemüse und Obst aus der EU, das für die Landwirte und Händler erhebliche wirtschaftliche Verluste nach sich zieht. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die EU ein klares Signal an die russischen Behörden senden und darauf hinweisen sollte, dass diese Unterbrechung des Handels wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen und unverhältnismäßig sei. Die Kommission sagte zu, das bevorstehende Gipfeltreffen EU-Russland in geeigneter Weise zu nutzen, um die Haltung der EU zu dieser Frage darzulegen.

Angesichts der hohen Zahl von Todesfällen und der enormen wirtschaftlichen Auswirkungen des jüngsten EHEC-Ausbruchs in der EU hat der Vorsitz eine außerordentliche Tagung der Landwirtschaftsminister einberufen. Diese Tagung schloss sich an die Ratstagung vom 6. Juni 2011 an, auf der die Gesundheitsminister über die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit diesem Ausbruch (*10986/11*) unterrichtet wurden, und die informelle Tagung der Landwirtschaftsminister vom 31. Mai 2011 in Debrecen, deren Tagesordnung um diesen Punkt erweitert worden war.

SONSTIGES

Dürre in Europa

Frankreich, das von Belgien unterstützt wurde, informierte den Rat erneut über die Folgen der Dürre – vor allem für die Rinderhaltung – in bestimmten europäischen Ländern (Dok. 11111/11).

Die französische Delegation verwies insbesondere auf die absehbaren Ertragseinbußen bei bestimmten landwirtschaftlichen Kulturen, falls die Dürre anhalten sollte. Sie stellte zudem fest, dass zahlreiche Tierhalter darüber hinaus jetzt Rinder verkauften, da sie diese künftig nicht mehr ernähren könnten. Dies könnte langfristig drastische Folgen für den Rindermarkt haben.

Die Kommission sagte zu, sich im Rahmen der bestehenden Vorschriften weiterhin mit der Frage zu befassen, und setzte die Delegationen zudem davon in Kenntnis, dass eine Arbeitsgruppe für Rindfleisch eingerichtet wurde, die untersuchen soll, wie die bestehenden Marktinstrumente verbessert werden können, und die anschließend konkrete Empfehlungen formulieren soll.

Bereits am 17. Mai 2011 hatte Frankreich mit Unterstützung mehrerer Delegationen seine Besorgnis angesichts der derzeitigen Dürre und der daraus folgenden finanziellen Engpässe für die Landwirte geäußert. Die Kommission wurde aufgefordert, die Direktzahlungen früher auszuzahlen. In diesem Zusammenhang sprachen sich viele Delegationen auch für mehr Flexibilität oder ein Standardverfahren für Vorschüsse aus.

Der Vertreter der Kommission erinnerte daran, dass die Mitgliedstaaten Vorschüsse auf Direktzahlungen vorsehen können, sobald die notwendigen Kontrollen durchgeführt worden sind. Die Kommission unterrichtete den Rat bei dieser Gelegenheit von ihrer Absicht, sich mit den Schwierigkeiten von Mutterkuhzüchtern zu befassen, die von der Dürre stark betroffen sind.